

der Kirche in den Mittelpunkt rückte, kam er nochmals auf die Einheit der Christen zu sprechen: „Wir verpflichten uns, mit unserer ganzen Kraft und in vollkommener Verfügbarkeit für die Anregungen des Geistes den Weg zur vollen Einheit aller Christen weiterzugehen. Unter den mütterlichen Augen Mariens sind wir bereit, unsere je eigenen Fehler, Egoismen und Nachlässigkeiten einzusehen“ (Osservatore Romano, 2. 12. 79).

### Kein leichter Weg

„Wir bekräftigen von neuem unseren festen Willen, alles zu tun, was möglich ist, um den Tag bald herbeizuführen, an dem die volle Einheit zwischen der katholischen und der orthodoxen Kirche wiederhergestellt sein wird und wir endlich gemeinsam die göttliche Eucharistie feiern können.“ Diese Willenserklärung von Papst und Patriarch muß jetzt von den beiden Kirchen in weiteren kleinen Schritten in die Wirklichkeit umgesetzt werden. Unmittelbar nach der Rückkehr Johannes Pauls II. nach Rom wurde die Liste der Mitglieder der gemischten katholisch-orthodoxen Kommission veröffentlicht, die den theologischen Dialog führen soll. Vollständig ist die Liste allerdings bisher nur für die katholische Seite: von den 30 orthodoxen Mitgliedern müssen sieben noch ernannt werden. Unter den bisher bekannten 23 Mitgliedern sind Vertreter aller Patriarchate und autokephalen Kirchen, Bischöfe und Theologen. Die Liste der katholischen Vertreter wird von fünf Kardinälen angeführt: *Jan Willebrands* (Utrecht), *William Baum* (Washington), *George Basil Hume* (Westminster), *Roger Etchegaray* (Marseille) und *Joseph Ratzinger*. Dadurch wird der Rang deutlich, der vom Vatikan der Arbeit der gemischten Kommission zugemessen wird.

Diese Arbeit vollzieht sich allerdings in einem Kontext,

der auch durch das von Johannes Paul II. mit seinem Besuch gesetzte Zeichen kaum etwas von seinen schon bisher unübersehbaren Problemen verliert. Der Papst hat zwar durch seine Reise die Rolle des Ökumenischen Patriarchen aufgewertet, die innerorthodoxen Spannungen werden aber dadurch nicht unbedingt geringer. Wenn auch alle orthodoxen Kirchen der Aufnahme des theologischen Dialogs zugestimmt haben und sich jetzt an ihm beteiligen, so ist auch weiterhin mit orthodoxem Mißtrauen gegenüber Rom zu rechnen.

Dieses Mißtrauen kam unlängst deutlich in einem Brief des Moskauer Patriarchats an Kardinal Willebrands zum Ausdruck, der sich auf das Schreiben des Papstes an Kardinal *Slipyj* anlässlich der Vorbereitungen zur Tausendjahrfeier der Christianisierung der Ukraine bezog. Das Moskauer Patriarchat entdeckte darin Widersprüche zum Geist des Vatikanums, da der Union von Brest-Litowsk, aus der die ukrainische unierte Kirche entstand, eine bleibende Bedeutung für die Einheit der Kirchen zugesprochen werde. In einem Antwortbrief versicherte Kardinal Willebrands im Namen des Papstes, daß hier ein Mißverständnis vorliege und daß sich im Verhältnis Roms zu den orthodoxen Schwesterkirchen nichts geändert habe: „Es bestand nie die Absicht, die Union von Brest als Modell für unsere Beziehungen mit den orthodoxen Kirchen in der Gegenwart oder für eine zukünftig anzustrebende Vereinigung hinzustellen“ (La Documentation Catholique, 18. 11. 79).

Papst und Patriarch haben deutlich betont, daß die weiteren Schritte auf dem Weg zur katholisch-orthodoxen Einheit nur eine, wenn auch eine entscheidende Etappe für das Ziel einer Einheit aller Christen darstellten. So kann man gespannt sein, welche Impulse der Papst, der jetzt ein erstes deutliches ökumenisches Zeichen gesetzt hat, in Zukunft dem Verhältnis der katholischen zu den reformatorischen Kirchen geben wird. *Ulrich Ruh*

## Die Christen in die Illegalität gedrängt

### Zu den jüngsten Vorgängen in der Tschechoslowakei

Fast schlagartig hat sich im Herbst 1979, so scheint es jedenfalls auf den ersten Blick, das Vorgehen der tschechoslowakischen Behörden gegen gläubige Christen verschärft. Bereits am 10. September 1979 wurden in verschiedenen Orten der beiden Teilrepubliken eine Anzahl von Geistlichen und Laien – man spricht allein in der Slowakei von 60 – der Staatspolizei zu Verhören vorgeführt, die bis zu 18 Stunden andauerten. Einige der Betroffenen wurden in Haft behalten, bei allen wurden genaue Hausdurchsuchungen, teilweise wiederholt, vorgenommen, und überall wurde religiöse und theologische Literatur, in Olmütz und Brünn auch Material und Geräte für Vervielfältigungen beschlagnahmt. Sogar eine handschriftlich angefertigte tschechische Übersetzung der An-

trittszyklika Johannes Pauls II. wurde aus der Wohnung eines der Geistlichen als *Corpus delicti* mitgenommen, ebenso wie auch Papstbilder als unerlaubter Besitz dem Zugriff der Staatspolizei verfielen.

### Eine landesweite Polizeiaktion

Um diese Polizeiaktion, insbesondere in ihren Hintergründen, richtig zu beurteilen, muß beachtet werden, daß sie nicht in einem direkten Zusammenhang mit der Charta '77 steht, wenn auch einige der am 19. September Betroffenen sie unterzeichnet haben. Einiges an dieser Aktion bedarf einer genaueren Analyse.

Zunächst fällt die weiträumige und gleichzeitige Planung und Durchführung auf. Verhöre, Hausdurchsuchungen, Beschlagnahme von Literatur sowie anderer religiöser Gegenstände und selbst von Meßstipendien kamen insbesondere in der Slowakei schon bisher immer wieder vor. Deshalb hatte es ja der seit Jahren dem Regime ergebene und von diesem gestützte Kapitelvikar von Kaschau (Košice) in der Ostslowakei beim letzten Neujahrsempfang gewagt, den für kirchliche Angelegenheiten in der Slowakei zuständigen Minister *Válek* gerade auf diesen Umstand und auf die daraus sich ergebende Unruhe in der Bevölkerung hinzuweisen und um Abhilfe zu bitten; der Minister verbat sich jedoch jede Einmischung des Kapitelvikars in diese Angelegenheit.

Was aber an jenem Geschehen des 10. September überrascht, ist die *gleichmäßige Streuung über das ganze Land*. Sie reicht von Prag, wo der amtsenthobene Theologieprofessor und zwangspensionierte Pfarrverweser *Zvěřina* ihr Opfer wurde, über Reichenberg, wo der Franziskaner *Bárta* hart mitgenommen wurde, über einen kleinen Ort in Mittelböhmen nach Olmütz und Brünn; in diesen beiden Städten wurde reichliches „Material“ gefunden; mehrere Personen, Geistliche und Laien, wurden hier festgenommen. Das Aktionsfeld dehnte sich auch auf die Slowakei aus, wo an die 60 Personen einbezogen waren. Das läßt darauf schließen, daß einerseits lange und gezielte Recherchen vorausgegangen waren, um die ganze Breite der „Verbrechen“ auf einen Schlag enthüllen zu können. Andererseits liefert das ganze Unternehmen den Beweis dafür, daß gläubige Christen in der ČSSR in ihrer Glaubensnot keinen anderen Ausweg mehr sehen, als zur Selbsthilfe zu greifen, um ihre „religiösen Bedürfnisse“ über das Maß der parteiamtlichen Zulassung hinaus „befriedigen“ zu können.

Als zweiter Umstand verdient die Tatsache Beachtung, daß die Polizeiaktion des 10. September – ihrer Ausdehnung und zeitlich abgestimmten Durchführung nach – scheinbar gegen ein einheitliches, abgestimmtes tschechisch-slowakisches Unternehmen gerichtet war. Dies mußte deshalb überraschen, weil bisher außerhalb der Priestervereinigung „*Pacem in terris*“ Kontakte zwischen den Kirchen der beiden Teilrepubliken – und früher schon der beiden Landesteile – seit Beginn der fünfziger Jahre nicht bestanden. Als vor wenigen Jahren alle Bischöfe der ČSSR und die Kapitelvikare aller verwaisten Diözesen auf einer gemeinsamen Konferenz eine einheitliche christliche Lebensordnung für katholische Christen in einer sozialistischen Gesellschaftsordnung beraten wollten, wurde dies vom Prager Kirchensekretariat verboten. So muß jetzt die auf das ganze Staatsgebiet ausgedehnte und so planmäßig einheitlich durchgeführte Aktion überraschen. Die Staatspolizei hat entweder *ein gemeinsames tschechisch-slowakisches Unternehmen vermutet*, oder aber sie wollte die verschiedenen christlichen Gruppen engagierter Geistlicher und Laien, die ohne organisatorischen Zusammenhang, aber doch mit der gleichen Zielsetzung und vielleicht auch in gegenseitiger Nachahmung sich gegen die

zahlreichen restriktiven Maßnahmen zu erwehren beginnen, mit einem Schlag treffen und damit alle anderen Versuche im Keim ersticken. Diesen *Willen zum Widerstand unter den Gläubigen zu brechen* dürfte jedenfalls das Ziel der großangelegten Polizeiaktion gewesen sein.

## Versuche der Selbsthilfe

Die jetzigen Maßnahmen interpretieren auf ihre Weise den ersten in der ČSSR nach wie vor gültigen leninistischen Grundsatz vom Absterben der Religion: die stetige Entfaltung der sozialistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung schaffe die materiellen Voraussetzungen für eine totale Selbstauflösung aller Religiosität. Diese „gesetzmäßige“ Entwicklung bedarf nach dem gleichen Konzept aber trotz sozialistischen Bewußtseins und sozialistischer Lebensgestaltung auch der „Unterstützung“ von außen, also des Eingriffs des staatlichen Machtapparates. Von daher der Druck durch rein administrative Maßnahmen, der ständige Kleinkrieg gegen alle Äußerungen kirchlich-religiösen Lebens und alle Formen pastoraler Bemühungen, die über reine Kulthandlungen hinausgehen.

Es ist aber nicht nur die ideologisch festgelegte Parteilinie, die hinter allen diesen Maßnahmen steht. Ihr gesellt sich, wie auf den beiden letzten Parteikongressen deutlich wurde, die handfeste Angst vor einer Entwicklung hinzu, die 1968 zum „Prager Frühling“ geführt hat. Zum *Kampf gegen jede Aufweichung der ideologischen Generallinie* gehört auch der Kampf gegen jede Religion. Es ist das eine Befürchtung, die durch persönliche Querverbindungen und gemeinsame Ziele gläubiger Christen zu den Unterzeichnern der Charta '77 genährt wird. Dafür bürgen nicht zuletzt Bemühungen verhörender Beamten, Gläubige und Kommunisten innerhalb der Bürgerrechtsbewegung gegeneinander auszuspielen.

Diese *Strategie der Partei* hat jedoch auch auf der Seite der Gläubigen eine Motivation geschaffen, die sie alle Gefahren auf sich nehmen läßt. Der systematische geistige und geistliche Aushungerungsprozeß, dem gläubige Christen heute in der ČSSR ausgesetzt sind, treibt sie zur Gegenwehr: die Seelsorge wird immer stärker eingeengt. Die wenigen Kinder, die noch den Religionsunterricht besuchen, besitzen keine Lehrbücher; die beiden sogenannten „katholischen“ Zeitungen, in Prag und Preßburg, sind Propagandablätter im Dienst der Priestervereinigung und über diese im Dienst der Parteiführung; was an religiöser und theologischer Literatur im Lande selbst erscheint, ist quantitativ und qualitativ armselig. Theologisch interessierte Geistliche und Laien haben keine Kommunikationsmöglichkeiten, sind abgeschnitten vom theologischen Denken der Gesamtkirche. Deswegen haben sich Priester und Laien, gestützt auf die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte und internationale Abmachungen, die selbst im eigenen Land Gesetzeskraft haben, eben entschlossen, zur Selbsthilfe zu greifen und religiöses und theologisches Schrifttum herauszugeben, was jedoch nur ein Notbehelf sein kann. Dafür haben sie jetzt eine Bestra-

fung nach § 118 des Strafgesetzbuches aus dem Jahre 1973 wegen eines „unerlaubten Unternehmens“ zu erwarten. Jedenfalls wurde das einigen der Betroffenen bereits mitgeteilt.

In welcher Situation Christen in der ČSSR sich tatsächlich befinden, zeigt ein *Schreiben von 20 tschechischen und slowakischen Priestern an Johannes Paul II.*, dem sich eine größere Anzahl anderer gläubiger Katholiken angeschlossen hat. Es lohnt sich, daraus einiges im Wortlaut zu zitieren. „Heiliger Vater“, so heißt es darin, „an Dich wenden wir uns in einer Zeit der Bedrängnis, weil Du der Hirte aller gläubigen Katholiken bist und das Recht hast zu wissen, worunter wir leiden. Die Erfahrung hat uns gezeigt, daß wir bei den hiesigen Vorgesetzten der Kirche keine Stütze finden. Die staatliche Priesterorganisation, welche sich als Sprecherin aller Katholiken aufspielt, dient in Wirklichkeit nur dem planmäßigen Absterben des religiösen Lebens. Wir sehen keinen anderen Weg als diesen. Sehr viele Gläubige würden gerne ihre Unterschrift den unsrigen anfügen, aber aus verschiedenen ernstesten Gründen können sie das nicht tun. Von den vielen guten Priestern in der Seelsorge können wir das grundsätzlich nicht verlangen aus Sorge, daß das Volk Gottes sie verlieren müßte. Auch wir wissen, daß wir uns mit unseren Unterschriften allen möglichen Strafverfolgungen aussetzen, aber wir können nicht anders ... unsere Kirche lebt und will leben, will ihr eigenes Leben führen. Sie ist sich ihrer Sendung von Christus her bewußt, und deshalb kann sie sich mit der sogenannten Befriedigung religiöser Bedürfnisse nicht begnügen.“

Der Brief an den Papst spricht von der „Notlösung, wenigstens teilweise den Hunger nach religiöser Literatur zu stillen ... über das, was heute im Zentrum der Kirche bzw. in der christlichen Welt sich ereignet, über die heutigen Geistesströmungen und über das geistige Leben, über all das, was für eine zeitgemäße Katechese und eine moderne Seelsorge“ nützlich ist.

Das Schreiben schließt mit der Versicherung: „Das Bewußtsein, daß Du, Heiliger Vater, ganz mit uns fühlst und uns nicht verläßt, ist uns eine Stärkung und ein Zeichen der Liebe unseres Gottes, der seine Treuen niemals verläßt.“ Aber sie wenden sich darin auch an „unsere Brüder und Schwestern in der ganzen Welt, in Gebet und auch öffentlich unser“ zu gedenken.

## Zweifel an den Bischöfen?

So berechtigt dieses Schreiben ist und so viel innere Glaubensnot aus ihm spricht, es bedarf doch einiger Anmerkungen. Die darin ausgesprochene Enttäuschung betrifft das *Verhalten der Bischöfe* in einer – zugegebenermaßen und notgedrungen – etwas persönlichen Sicht. Eine objektive Beurteilung wird an dem, was aus der persönlich erfahrenen Bitternis durchaus verständlich ist, in Wirklichkeit aber doch einer eingehenderen Beachtung bedarf, manches anders sehen. Es ist nicht so, daß keiner der Bischöfe des Landes für diese Priester eintritt, aber die Mög-

lichkeiten der Bischöfe dazu sind mehr als gering. Solche Versuche fehlen jedoch nicht gänzlich, wenn auch zu wünschen wäre, daß sie öfters unternommen und der Klerus darüber auch sachlich informiert würde. Der Prager Erzbischof, Kardinal František Tomášek z. B., hat sich viele Monate hindurch geweigert, dem Kirchensekretariat mißliebige Priester aus der Seelsorge in Prager Gemeinden von sich aus irgendwohin aufs Land zu versetzen; er hat dies nicht getan, obwohl dadurch vier zwangsenthobene Priester die ganze Zeit über ohne Anstellung bleiben mußten. Und im Dezember 1978 wandte er sich in einem Schreiben an den Staatspräsidenten *Gustav Husák*, bat um ein persönliches Gespräch und brachte einige Klagen vor. Dieses Schreiben des Kardinals blieb ohne Antwort. Anfangs des Jahres 1979 erhielt er dann die Aufforderung zu einer Vorsprache im Kirchensekretariat. Dieses Gespräch mit dem Direktor des Sekretariats für kirchliche Angelegenheiten muß mit äußerster Härte geführt worden sein und den Kardinal auch persönlich getroffen haben, wie aus seinem Verhalten unmittelbar nachher geschlossen werden mußte. Aber auch Bischof *Julius Gábris*, der Apostolische Administrator von Trnava und durch das Veto des Kirchensekretariats immer noch veränderter Metropolit der Slowakei, hat sich sehr tapfer gehalten, nachdem er auf der Bischofssynode im Oktober 1978 offen über die Beschwerden des Religionsunterrichts in seinem Lande gesprochen hatte und deshalb zu einem „Gespräch“ vorgeladen worden war. Auch der eine oder andere Kapitelvikar hat versucht, sich einzelner Geistlicher anzunehmen, auch wenn der Erfolg in solchen Fällen meist ausgeblieben ist.

Aber ebenso sicher wie dieses Eintreten des einen oder anderen Bischofs für bedrängte Geistliche ist, bleibt auch die Klage der Verfasser und Unterzeichner des Briefes an den Papst über das eine oder andere Mitglied des tschechischen und slowakischen Episkopats berechtigt. Es ist zum Ärgernis für die gemäßregelten Priester geworden und findet wenig Verständnis bei den Gläubigen des Landes, wenn die katholischen Bischöfe bei bestimmten Anlässen, wie bei Neujahrsempfängen und anderen Begegnungen, ihre Verbundenheit Persönlichkeiten der Partei- und Staatsführung gegenüber durch ihre Anwesenheit und ihre Ausführungen dokumentieren, obwohl es genau die Persönlichkeiten sind, die nach eigenem Eingeständnis die Liquidierung der Kirche betreiben.

Empörend muß es wirken, wenn gläubige Katholiken dem eigenen Bischof ihre Klagen und Forderungen in einer Petition darlegen und dieser die Petition wortlos dem Absender zurückstellen läßt, wie dies einer Gruppe mutiger Katholiken in Kroměříž in der Erzdiözese Olmütz widerfahren ist. Kardinal Tomášek hat anders gehandelt: Als zwei der Initiatoren einer solchen Petition vor Gericht standen, hat sich Tomášek in einer schriftlichen Erklärung, die dem Berufungsgericht in Brünn anfangs dieses Jahres schriftlich vorlag, hinter sie gestellt. Befremdend ist die enge Bindung des einen oder anderen Bischofs in der ČSSR an die Priestervereinigung „*Pacem in terris*“, insbesondere das Eintreten des Olmützer Admini-

strators *Josef Vrana* für diese Organisation, die sicher nicht dem Wohl der Kirche dient und nur eine kleine Gruppe überzeugter Anhänger hat, die es jedoch verstehen, Vrana als Paradeferd der Priestervereinigung herauszustellen. Dies ist eines der innerkirchlichen Hauptübel am derzeitigen Zustand der Kirche in der ČSSR.

## Ungewisse Zukunft

Für Anfang November 1979 waren wiederum Gespräche zwischen dem Heiligen Stuhl und der Prager Regierung erwartet worden. Sie kamen damals wegen der Versammlung der Kardinäle nicht zustande, sollten aber noch vor Ende 1979 beginnen. Angesichts der Starrheit der Prager Regierung und der Ereignisse am 10. September 1979 ist die Atmosphäre dafür nicht günstig. Der für Kirchenfragen zuständige tschechische Kulturminister *Klusák* erwähnte wohl in seiner Rede auf dem Zweiten Kongreß des tschechischen Landesverbandes der Priestervereinigung „*Pacem in terris*“ anfangs Oktober 1979 auch die Bereitschaft, Fragen des beiderseitigen Verhältnisses zwischen Kirche und Staat in einem offenen Gespräch zu lösen, aber er fügte hinzu: „Unser Standpunkt zu solchen Verhandlungen ist bekannt.“ Dieses starre Verhalten auf der bisherigen Position läßt eine Hoffnung auf weitere Schritte zu einer Besserung der kirchenpolitischen Lage in der

ČSSR nicht aufkommen. Und noch deutlicher wurde eine Woche später der slowakische Kulturminister *Válek* auf dem Zweiten Kongreß des slowakischen Landesverbandes, als er sogar eine Entwicklung, wie sie sich gegenwärtig in Ungarn abzeichnet, eindeutig ablehnte. Die kirchenpolitische Leitlinie scheint demnach unverändert zu sein: kein Nachgeben dort, wo dadurch die Position der Kirche gestärkt werden könnte, Kompromisse dort, wo der Vorteil der Partei offenkundig ist.

Der Würgegriff am Leben der Kirche wird sich demnach in absehbarer Zukunft kaum lockern; die Gläubigen bleiben den repressiven Maßnahmen von Staatspolizei und Kirchensekretären ausgesetzt. Aber es hat nicht den Anschein, daß sie ihren Kampf um wirkliche Glaubensfreiheit aufgeben, auch wenn ihre Anzahl noch abnehmen wird. „Partisanen sind notwendig“, so kann man gelegentlich hören. Diese letztlich mehr als ungute Entwicklung hat die Partei- und Staatsführung durch ihr widerrechtliches Vorgehen gegen Glauben und Gläubige voll selbst zu verantworten. Es ist nicht einzusehen, wieso es selbst für ein Regime, wie das der ČSSR, irgendeinen vernünftigen Grund geben sollte, den Status der Kirche und der Gläubigen im Lande fast auf die Lage herunterzudrücken, in der die Religionsgemeinschaften im maoistischen China der Kulturrevolution sich befanden.

*Jozef Nechluby*

## Interview

# „Ich lasse Dich nicht, Du segnest mich denn“

## Ein Gespräch mit Walter Dirks

*Walter Dirks, Professor h. c., Dr. theol. h. c., als der Mit-herausgeber der „Frankfurter Hefte“ und Autor zahlloser Rundfunk- und Zeitungsbeiträge noch im Alter von 79 Jahren intensiv publizistisch tätig, gehört zu den bekanntesten Publizisten des deutschen Sprachraumes und zugleich zu den ganz wenigen, die an theologisch-religiöser wie politisch-gesellschaftlicher Auseinandersetzung mit gleicher Leidenschaft teilnehmen. Wir sprachen mit ihm über diese beiden Bereiche als Raum von Lebens-, Glaubens- und Zeiterfahrung, wobei sich Biographisches und Sachprobleme zum Teil spontan, zum Teil mit Absicht mischten. Die Fragen stellte D. A. Seeber.*

*HK:* Herr Dirks, mehr als das Leben anderer Publizisten spielt sich das Ihre in der Spannung zwischen christlicher Existenz und politischer Auseinandersetzung ab. Haben Sie das jemals bedauert?

*Dirks:* Nein, aber ich halte das nicht für eine persönliche Eigentümlichkeit. Es gehört zur Signatur unserer Zeit, daß man das Samaritergleichnis nicht nur ins Private wenden darf, sondern es ins Politische ausziehen muß. Dem Öl und dem Wein und dem Transport in die Herberge und der Geldgabe an den Herbergswirt müßte ja, sobald die Zeit dafür gekommen wäre, logisch folgen, daß mindestens die beiden, der Jude und der Samariter, aber auch andere „Interessenten“ überlegen müssen, wie man dem Räuberunwesen zwischen Jerusalem und Jericho ein Ende machen kann. Schon dadurch beginnt man in politische Strukturen hineinzukommen. Mir scheint heute die Politik als „Liebeshilfe“, als nicht nur solidarischer Akt ganz wesentlich zur christlichen Existenz zu gehören. Wer versucht, ein Christ zu sein, darf dem, der seiner Politik so ernsthaft bedürftig ist wie der Hungernde des Brotes, diese Politik nicht versagen. Deshalb gehören die beiden